



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 12. September 1909

(Presse und Regierung — ein Kapitel vom Offiziosentum. Wahl in Schneeberg=Stollberg. Der sozialdemokratische Parteitag. Zur auswärtigen Politik.)

Heute müssen wir zunächst auf eine Polemik zurückkommen, die in dem Reichs Spiegel um so weniger übergangen werden kann, als sie Erörterungen berührt, die gerade in der vergangenen Woche eine charakteristische Rolle gespielt haben. Wir gehen davon aus, daß die Deutsche Tageszeitung Betrachtungen darüber anstellt, ob der Leitartikel der Grenzboten in Nr. 36 („Der Weg zum neuen Block“) offiziös sei oder nicht. Wir haben uns über die angebliche Offiziosität des Reichs Spiegels so oft ausgesprochen, daß es eigentlich überflüssig sein könnte, Erklärungen zu wiederholen, die manche Leute anscheinend nicht verstehen wollen, weil sie sonst ein Mittel recht unschöner und überheblicher, aber freilich sehr bequemer Polemik aus der Hand geben müßten. Also kurz und bündig für alle, die dessen etwa zu ihrer Beruhigung bedürfen: der Reichs Spiegel ist nicht offiziös. Die andre Frage, ob der erwähnte Leitartikel offiziös ist, braucht schon deshalb nicht beantwortet zu werden, weil der Artikel selbst die Antwort auf die Frage gibt. Zunächst gibt schon eine Äußerlichkeit jedem Kundigen einen verständlichen Fingerzeig. Wenn eine Zeitschrift einen Artikel mit einer Chiffre zeichnet, die für die Leser der Zeitschrift nicht eine bekannte Abkürzung bedeutet, sondern die Anonymität tatsächlich aufrecht erhält, so kann das nur den Sinn haben, daß die Redaktion den Artikel nicht ohne weiteres als eigne Äußerung, sondern als die Ansicht eines bestimmten Verfassers kennzeichnen will, eine Ansicht, die ihr mittellenswert erscheint und zur Aufklärung sowie zur Unterstützung ihrer eignen Bestrebungen dient, für die aber der Verfasser allein die sachliche Verantwortung trägt. Im übrigen muß sich alles, was der Leser über die Bedeutung eines Artikels wissen muß, aus dem Inhalt selbst ergeben. Und der Inhalt spricht im vorliegenden Falle deutlich genug. Es ist eine Lächerlichkeit, anzunehmen, daß eine Regierungsstelle gerade diese Auseinandersetzungen veranlaßt haben könnte, die aus konservativer Anschauung heraus die Haltung der konservativen Parteiführung so kritisiert, wie es der wirklichen Stimmung und Meinung beachtenswerter Kreise innerhalb der Partei und überdies einer nähern Kenntnis der Tatsachen entspricht.

Daß dergleichen der Deutschen Tageszeitung auf die Nerven gefallen ist, setzt uns natürlich nicht in Erstaunen. Nur wundert es uns, daß die genannte Zeitung nicht besser die Konsequenz ihrer eignen Meinung gezogen hat. Als wir zur Zeit des Kampfes um die Reichsfinanzreform auch im Reichs Spiegel genötigt waren, scharf gegen die konservative Reichstagsfraktion und die Agitation des Bundes der Landwirte Stellung zu nehmen, versicherte das agrarische Blatt seine Leser, man habe sich erkundigt und die bestimmte Auskunft erhalten, der Reichs Spiegel der Grenzboten sei nicht offiziös. Woher nun jetzt auf einmal die starke Beunruhigung, er könnte doch offiziös sein? Sollte da nicht die unbehagliche Erfahrung mitsprechen, daß wir jedenfalls immer sehr gut Bescheid gewußt haben? Es ist nicht gerade sehr geschickt, wenn die Deutsche Tageszeitung ihre Leser auf diese unbehagliche Tatsache ausdrücklich hinweist, indem sie eine besondere Erklärung der Regierung über ihr Verhältnis zu den Grenzboten für zweckmäßig hält, also augenscheinlich die Wirkung unserer Ausführungen höher anschlägt als die ihrer eignen Versicherungen.

Wir erkennen aber gern an, daß die Deutsche Tageszeitung liebenswürdig genug gewesen ist, uns das Material zur Antwort auf ihre Angriffe selbst an die

Hand zu geben. An demselben Tage, als sie schon die Feder spitzte, um uns zu vernichten, hatte kurz vorher in der Kreuzzeitung gestanden, daß die Deutsche Tageszeitung lange Zeit „oft genug als hülowoffiziös gelten konnte“. Darauf antwortete sie verständlich und treffend: „Das ist eine sehr mißverständliche und irrige Anwendung des Wortes »offiziös«. Der Ausdruck kann mit Recht nur von Organen gebraucht werden, die sich der Regierung zur Verfügung stellen und halten, wobei der Regierung im allgemeinen die Initiative und die Bestimmung der Haltung des Organs zufällt. . . . Wenn aber eine Zeitung nur über die Absichten und Ansichten des leitenden Staatsmannes besonders gut unterrichtet ist und öfter in die Lage kommt, mit dem leitenden Staatsmann an einem Strange zu ziehen, weil dessen Intentionen den von ihr seit je vertretenen Interessen und Überzeugungen vielfach entsprechen oder entgegenkommen, so hat das mit dem Begriff Offizientums nicht das geringste zu tun.“ Diese durchaus zu unterschreibende Ausführung überhebt uns eigentlich der Notwendigkeit weiterer Erläuterungen. Da aber diese Erörterung nach unsrer Meinung über die Bedeutung einer Erwiderung in eigener Sache hinausgeht — wie wir noch zeigen werden —, so möchten wir unsern Lesern auch einige beherzigenswerte Sätze aus einem Leitartikel der Deutschen Tageszeitung nicht vorenthalten — aus einem Artikel, der, soviel wir sehen können, aus der Feder ihres Chefredakteurs stammt und jedenfalls für uns seinen Wert nicht dadurch verliert, daß er auf derselben Seite gedruckt steht wie der Angriff gegen die Grenzboten und diesem unmittelbar vorangeht. Es heißt da: „Es verrät eine bedauerliche Geringschätzung des Berufes eines Journalisten, wenn man meint, der Staatsmann könne nur auf den Journalisten Einfluß üben, und dieser müsse heilsfroh sein, wenn er zum Gegenstande dieser Einwirkung genommen wird. So haben wir den hohen und vornehmen Beruf eines Journalisten niemals aufgefaßt. — Nur kleine und schwache Geister können darin, daß Vertreter der Regierung und der Presse gelegentlich miteinander in den üblichen Formen der Höflichkeit verkehren, das Kennzeichen des Offizientums erblicken.“ Das ist sehr richtig. Die dazwischen stehenden, hier im Zitat weggelassenen Sätze sprechen von der Pflicht der Presse, in erster Linie die maßgebenden Kreise nach Möglichkeit über die Stimmung des Volkes zu unterrichten und dadurch einen gewissen Einfluß auszuüben. Wir möchten dies nur noch dahin ergänzen, daß nicht immer nur die Regierung zu unterrichten ist. Es muß auch einen Weg geben, die in einer Partei maßgebenden Kreise über Stimmung in weitem Parteidreie und unter ihren Wählern aufzuklären. Das wird um so notwendiger sein, als eine verständige und einsichtige Regierung zwar natürlich auch Irrtümern unterworfen ist, aber doch immer das natürliche Bestreben nach Aufklärung des Volkes über ihre Absichten haben muß, während ein Parteidreie sich ungern vollständig in die Karten sehen läßt und bestimmte Interessen häufig nur auf dem Wege der Verdunklung und Irreführung verteidigen kann.

Allerdings ist die Aufgabe der Presse durch die Feststellung der soeben besprochenen Pflicht nicht ganz vollständig bezeichnet. Sie muß auch das Volk über die Gründe und Absichten der Regierung unterrichten, soweit diese zu erfahren sind. Daß dadurch die Freiheit der Überzeugungen beeinträchtigt werden könnte, ist für einen reifen, urteilsfähigen Menschen einfach eine Lächerlichkeit. Es ist nicht nötig, herrschenden Eindrücken und Stimmungen zuliebe der Regierung Motive und Auffassungen anzudichten, die diese nie gehabt hat. Deshalb halten wir es allerdings auch im Reichs Spiegel für unsre Pflicht, die Gründe der Regierung, soweit sie uns bekannt sind, und so gut wir es können, auch da wahrheitsgemäß auseinanderzusetzen, wo wir zu andern Ergebnissen kommen. Daß das möglich ist, haben wir öfter bewiesen. Wie man eine solche, auf guter Information beruhende,

der Regierung gegenüber vollkommen loyale und dabei auf dem Boden freier Überzeugung bleibende Darstellung nennen will, wäre schließlich gleichgiltig, wenn man es überall mit verständigen Menschen und mit gutem Willen zu tun hätte. Aber das alberne Gerede, das die Artikel bestimmter Zeitschriften und Tageszeitungen in vollendeter Gedankenlosigkeit ohne jede Prüfung von Inhalt und Zusammenhang mit dem Ausdruck „offiziös“ belegt, um unbequemen Meinungen den Makel der Unfreiheit anzuhängen, bedeutet eine öffentliche Kalamität, die für die Entwicklung unsrer Presse verhängnisvoll ist. Wir haben es da mit einem Überbleibsel der Vergangenheit zu tun, einer Überlieferung aus der Zeit, als die deutsche Presse noch in den Kinderschuhen steckte und der in politischen Dingen die öffentliche Meinung beherrschende Philistergeist jedesmal die freie deutsche Mannesseele in Gefahr glaubte, wenn sie einmal zufällig derselben Meinung war wie die Regierung. Jetzt ist das deutsche Volk zwar in seinen gebildeten Schichten längst darüber hinausgewachsen, aber es bewahrt in einem Geheimfach seiner Seele noch einen Rest davon. Der klägliche Brotneid einer untergeordneten Gattung des Journalismus benützt das als bequemes Mittel im Partei- und Konkurrenzkampf und zeichnet gern das Bild des antichambrierenden, hungrig nach hingeworfenen Informationsbrocken schnappenden Journalisten. Diese Leute begreifen nicht, wie sehr sie mit diesem unwahren Zerrbilde ihren eignen Beruf bloßstellen und herunterziehen, ja noch mehr — wie sie seine Entwicklung hemmen. Im innern Parteikampf mag das alles noch hingehn, schlimmer jedoch sind die Wirkungen nach außen hin. Woher nimmt das Ausland die dort herrschende Meinung, daß es keine unabhängige deutsche Presse gebe, und daß der unabhängig denkende Teil des deutschen Volkes im Gegensatz zur Regierung stehe, mindestens ohne jeden innern Zusammenhang mit ihr sei? Diese Meinung stammt nicht aus Tatsachen oder selbständiger Beobachtung, sondern aus der deutschen Presse selbst, in der jede auf wirklich guter Information beruhende Meinung, die mit der Ansicht der Regierung übereinstimmt, als offiziös gekennzeichnet wird. Die ausländische Presse muß ja doch auf den Gedanken kommen, daß in Deutschland jede Einsicht in den wirklichen Zusammenhang der Tatsachen und alles, was über bloße Stimmungsausprägungen auf Grund von oberflächlichen Eindrücken hinausgeht, mit dem Opfer der Unabhängigkeit der Überzeugungen bezahlt werden müsse. Damit wird unendlich viel Schaden gestiftet.

Was die Kritik an dem Verhalten der konservativen Parteileitung und der Reichstagsfraktion anlangt, so haben die Konservativen unter sich Fehden genug durchzukämpfen gehabt, und erst bei Beginn der verflossenen Woche haben sich Kreuzzeitung und Reichsbote darüber auseinandergesetzt; ja auch zwischen der Kreuzzeitung und der Deutschen Tageszeitung sind spitze Bemerkungen und unangenehme Monita ausgetauscht worden. Es ist aber nicht unsre Absicht, hierauf einzugehn. Zunächst wollen wir nur feststellen, daß unsre Befürchtungen wegen der Folgen der hauptsächlich durch die Konservativen herbeigeführten Lage bei der Entscheidung über die Reichsfinanzreform neuerdings Wahrheit zu werden scheinen. Bei der Reichstagsersatzwahl in dem sächsischen Wahlkreise Schneeberg-Stollberg ist auch diesmal wieder der sozialdemokratische Kandidat Sieger geblieben. Die Wahl des an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Goldstein aufgestellten „Genossen“ Schöpfkin war ja vorauszusehen. Aber während 1907 dem Sozialdemokraten, der 19000 Stimmen erhielt, 14000 für den bürgerlichen Kandidaten gegenüberstanden, war diesmal das Verhältnis 21000 : 9000. Das bedeutet also in runden Zahlen für den Wahlkreis ein Mehr von 2000 Sozialdemokraten und 3000 Nichtwählern. Die Zunahme der Sozialdemokraten und der Nichtwähler ist als Folge der Sprengung des Blocks von allen denen vorausgesagt worden, die die Bedeutung der Wahlen

von 1907 dahin erkannt hatten, daß sie forderten: die Verständigung der Konservativen und Liberalen in allen wichtigen Lebensfragen der Nation, die Zurückdrängung des Zentrums aus einer ausschlaggebenden Stellung in solchen Fragen — notabene nicht, wie es immer heißt, die politische Ausschaltung des Zentrums überhaupt! —, endlich die Sicherung gegen eine antinationale Mehrheit, die durch das Zusammengeh'n von Zentrum und Sozialdemokratie drohte. Diese Grundgedanken waren es, die auch die sonst politisch gleichgiltigen Elemente in Bewegung gesetzt hatten; es war die Politik, die eine starke nationale Strömung der Gesamtheit ihren Erwählten gewissermaßen als Mandat mitgegeben hatte. Nachdem diese Politik von den Konservativen durchbrochen und gekündigt worden ist, muß notwendig der frühere Zustand wieder eintreten. Die verzagten und enttäuschten Freunde der Staatsordnung ziehen sich wieder zurück, die bloß Unzufriedenen wählen sozialdemokratisch. Daß sich jetzt, nachdem dieser Zustand wiederhergestellt ist, bei den Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien während der Wahlzeit die Schuld an der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien auf beide Seiten verteilt, ist selbstverständlich. Es hat deshalb wenig Wert, wenn sich nachträglich Konservative und Nationalliberale gegenseitig die Schuld an den unerfreulichen Erscheinungen dieser besondern Wahl zuschieben. Es spricht ja die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Nichtwähler in diesem Falle hauptsächlich Konservative waren. Denn der aufgestellte bürgerliche Kandidat war ein Nationalliberaler; die bürgerlichen Wähler, die sich nicht entschließen konnten, ihm ihre Stimme zu geben, werden doch schwerlich im nationalliberalen Lager oder weiter links zu suchen sein, sondern rechts. Dann ist es aber schwer zu verstehn, warum sich die Konservativen über die beschämenden Erscheinungen dieser Wahl beklagen.

Für die Zukunft wird man trotz alledem wünschen müssen, daß bei den bürgerlichen Parteien die Folgen der letzten Zerwürfnisse von dem politischen Pflichtgefühl überwunden werden, das ihnen den Kampf gegen die Sozialdemokratie gemeinsam auferlegt. Vor allem deshalb, weil die sozialdemokratische Agitation nicht die mehr oder weniger unzweckmäßige Lösung des Problems der neuen Steuerlasten angreift, sondern die notwendige Belastung selbst als etwas Unerhörtes hinstellt und dafür die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit verantwortlich macht. In der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Lasten können und müssen sich aber Konservative und Liberale trotz allen Meinungsverschiedenheiten noch heute begegnen, und sie verbauen sich selber den Weg, wenn sie die Grenze ihrer gegenseitigen Auseinandersetzungen im Angesicht des gemeinsamen Feindes übersehen. Bei spätern Wahlen werden sich hoffentlich die Gemüter so weit beruhigt haben, um diese Einsicht wiederzugewinnen.

In Leipzig beginnen jetzt die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitags. Das Vorspiel läßt wieder heftige Auseinandersetzungen zwischen Revisionisten und der herrschenden Richtung erwarten. Aber augenblicklich liegen die Verhältnisse nicht so, daß die bürgerliche Welt besonders Interesse an diesen Kämpfen nehmen oder etwas neues daraus lernen könnte. Wir werden ja im nächsten Heft Gelegenheit haben, auf den Parteitag zurückzukommen.

Was die auswärtige Politik betrifft, so geben die Ereignisse der letzten Wochen wenig Gelegenheit, besondere Betrachtungen über die Stellung Deutschlands anzustellen. Wir haben uns gefreut über die glänzende und vertrauensvolle Aufnahme, die unserm Kaiser bei den österreichischen Kaisermanövern zuteil geworden ist, und hoffen auch, daß der Verlauf unsrer jetzt beginnenden heimischen Kaisermanöver für die politische Welt ein Merkzeichen unsrer militärischen Tüchtigkeit und Kriegsbereitschaft sein wird, die immer der feste Boden unsrer stets durch die Tat bewiesnen Friedensliebe bleiben muß. Man hat neuerdings wieder den Wert des

Bündnisses mit Österreich-Ungarn bezweifelt, weil England die von uns schon besprochenen Bemühungen zur Wiederherstellung des durch die bosnische Krisis gestörten Einvernehmens mit Österreich-Ungarn unternommen hat. Die Gelegenheit wird von manchen Seiten benutzt, um von Wiederaufnahme der englischen „Einkreisungspolitik“ zu sprechen und die alte Nervosität wieder aufleben zu lassen. Wie wir zu dieser Frage stehen, ist eigentlich kaum nötig zu sagen. Wir haben die sogenannte Einkreisungspolitik schon damals für ein Phantom erklärt, als es bei uns beinahe zum guten Ton gehörte, daran zu glauben. Nachdem inzwischen die Ereignisse der Weltpolitik so deutlich die Schwächen der englischen Politik erwiesen haben, die bei uns als besonders schlauer und feiner, gegen uns gerichteter Einkreisungsversuch gedeutet wurde, erscheint es beinahe unverständlich, daß das Bestreben der englischen auswärtigen Politik, die übeln Folgen eines gemachten Fehlers wieder auszugleichen, von deutschen Stimmen benutzt wird, um alte Torheiten aufzuwärmen, die uns nach jeder Richtung nur Nachteil bringen können. Es erleichtert auch England gegenüber unsre Politik nicht. Im englischen Parlament hat es wieder merkwürdige Anfragen wegen der Beziehungen zu Deutschland und wegen der beiderseitigen Flottenrüstungen gegeben. Aber die Antwort des englischen Premierministers gibt uns keine rechten Unterlagen für eine nutzbringende Weitererörterung dieser Frage, und es wäre vielleicht das Beste, wenn die Erörterungen über Deutschland und England überhaupt eine Zeit lang ruhten.

Wehrpflicht und Wahlpflicht. So traurig die Erfahrungen sein mögen, die man mit der Reichsfinanzreform gemacht hat, so haben sie doch das Gute gehabt, daß die Teilnahme an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform wächst, daß der Reichsgedanke stärker wird und weitere Kreise zieht, daß die Mitarbeit am Reichswerke zunimmt. Und wenn die Teilnahme und die Mitarbeit an dem Ausbau des Reiches wachsen, so wachsen auch die Aussichten, eine feste finanzielle Grundlage für das Reich zu bekommen.

Das Verständnis für diese Aufgaben hat man bisher hauptsächlich durch Aufklärung, Belehrung, kurz durch Unterricht zu wecken, zu verbreiten und zu vertiefen gesucht. Man darf aber hierbei nicht vergessen, daß Unterricht ohne Erziehung keinen vollen Erfolg erreichen kann. Darum sollte man das Augenmerk auch auf die Mittel der Erziehung zu richten nicht vergessen. Hier ist es nun wichtig, von vornherein zu betonen, daß nicht der Staat oder die Regierung zur Mitarbeit am Reichswerk erzieht, sondern das Volk selbst, daß wir also keinen Polizeistaat, sondern einen Volksstaat haben, worin das ganze Volk jeden einzelnen zur Reichsarbeit erzieht. Von den Mitteln, die dem deutschen Volke hierbei zu Gebote stehen, ist eins schon lange bekannt und uns in Fleisch und Blut übergegangen: die Wehrpflicht. Man sagt zwar allgemeine Wehrpflicht, aber in Wirklichkeit ist die Wehrpflicht nicht allgemein. Einseitig hat man diesen Begriff als Dienst mit der Waffe aufgefaßt und geglaubt, jeden nicht waffenfähigen Mann von dieser Pflicht befreien zu dürfen, ja auch den waffenfähigen, wenn er überzählig ist, ohne daß beide zu einer Ersatzleistung herangezogen würden. Daß dies keine allgemeine Wehrpflicht ist, dürfte einleuchten. Man sollte bedenken, daß sich auch ein nicht waffenfähiger Mann wehren kann, wenn er, wie es früher möglich war, einen Ersatzmann selbst stellt oder stellen hilft. Kurz, es handelt sich um eine Wehrsteuer, die der zahlen muß, der nicht mit der Waffe dem Vaterlande dient. Die Gründe, die Freischule und seine Anhänger gegen eine solche Steuer vorgebracht haben, sind nicht stichhaltig, weil sie von einer falschen Voraussetzung ausgehen. Wie man den Dienst mit der Waffe als eine Ehre ansehen soll, so soll man auch die Steuer, die Wehrsteuer, als eine Ehre ansehen. Diese Steuer hat also keinen finanziellen Charakter, sondern einen moralischen. Bei

dieser Steuer kommt es also nicht auf den Ertrag an, sondern nur auf den Zweck, bei dem nicht waffenfähigen oder überschüssigen Teil der erwachsenen männlichen Bevölkerung den Reichsgedanken stärken zu helfen. Wenn man in Frankreich, wo man diese Steuer schon hat, daran denkt, sie wieder abzuschaffen, weil sie zu wenig einbringt, so verkennt man eben den Charakter dieser Steuer. Man sollte immer den Standpunkt festhalten, daß das ganze Volk zur Selbstverteidigung verpflichtet ist, daß das Volk jeden jungen Mann zum Dienst mit der Waffe oder zur Steuer heranzieht, um ihn zur Mitarbeit an dem Volksstaate zu erziehen.

Die Notwendigkeit einer solchen erziehenden Steuer ist auch von der Kolonialverwaltung anerkannt worden, indem sie durch die Hüttensteuer die eingeborne Bevölkerung zur Arbeit erzieht und an den Staatsgedanken gewöhnt. So sollte man getrost auch eine Wehrsteuer einrichten. Das Volk hat eben das Wehrrecht, d. h. das Recht, jedem Manne die Wehrpflicht in dieser oder jener Form aufzuerlegen. Ist dieser Gedanke richtig, so liegt es nahe, auch noch ein andres erziehendes Mittel anzuwenden, um den einzelnen Bürger sich in den Volksstaat einleben zu lassen. Dieses Mittel ist die Wahlsteuer. Es ist eigentümlich, daß man meist von einem Wahlrecht spricht, nicht von einer Wahlpflicht. Warum soll man aber nicht, wie man von einer Wehrpflicht spricht, so auch das Wählen zur Pflicht machen? Das Volk legt einem jeden, der im Besitze des Wahlrechts ist, die Wahlpflicht auf und im Falle der Nichterfüllung der Pflicht eine Steuer, deren Höhe sich nach der Einkommensteuer richten wird. Auf den Ertrag kommt es auch bei dieser Steuer nicht an, weil sie erziehenden Charakter hat. Diese Steuer soll den Teil unsers Volkes, der für den Reichsgedanken noch nicht das rechte Verständnis hat und ihm deshalb auch nicht die rechte Teilnahme entgegenbringt, zur Mitarbeit erziehen und wird gewiß eine größere Teilnahme an den Wahlen bewirken. Eine Partei wird freilich mit dieser Steuer nicht zufrieden sein: die sozialdemokratische, da ihre Wähler schon jetzt vollzählig an der Wahlurne erscheinen, während ihr die andern Parteien durch größere Teilnahme an den Wahlen Abbruch tun würden.

Beide Steuern, die Wehr wie die Wahlsteuer, können nur Reichssteuern sein. Ob jemand und wer von diesen Steuern befreit werden soll, das sind Fragen, deren Beantwortung nicht schwer fallen wird; wenn man nur erst die Nichtigkeit dieser Reichssteuern anerkannt hat. Nach meiner Meinung sollte man von der Wehrsteuer nur den armen, Kranken, d. h. den nicht erwerbs- und steuerfähigen, von der Wahlsteuer auch den durch Krankheit behinderten Mann befreien. Daß die Wehrsteuer nur so lange erhoben wird, wie die Wehrpflicht dauert, ist selbstverständlich.

Wenn es wahr ist, was Justus Meyer sagt, daß der geringste Mann in England das allgemeine Wohl zu seiner privaten Angelegenheit mache, so müssen wir bekennen, daß wir von diesem Ziele noch ziemlich weit entfernt sind, glauben aber, daß wir es erreichen werden, aber nicht durch Belehrung allein, sondern durch Erziehung, als deren wenn auch kleine Mittel man die Wehr- und Wahlsteuer nicht verachten sollte.

Der kleine Meyer. Die siebente, gänzlich Neubearbeitete und vermehrte Auflage von Meyers kleinem Konversationslexikon, die mehr als 130 000 Artikel, 639 Bildertafeln, Karten und Pläne sowie 127 Textbeilagen enthält, ist nun vollendet. Auch von dem eben erschienenen sechsten und letzten Bande läßt sich nur wiederholen: die naturwissenschaftlichen Artikel (zum Beispiel Spektralanalyse, Schutzeinrichtungen der Pflanzen und Tiere, Tiergeographie, Tertiar-, Triasformation), die technischen Abhandlungen wie Sechsmaschine, Telegraphie, Theater (mit Grundriß der Münchner Drehbühne), Torpedos und Sceminen, Tropengebäude, Wasserrad (samt Turbine), das Geographische und Topographische (der Artikel Wien ist mit drei Plänen ausgestattet), das Staatswissenschaftliche wie Weltverkehr genügen vollständig dem Informationsbedürfnis des Laien. Unter den Buntbrücken

sind mehrere nicht bloß naturgetreu sondern auch ästhetisch wirkende Kunstwerke, so die Steinkohlenflora, der Tropenwald und der Waldboden (die ihn bedeckenden Pflanzen). Dagegen scheinen mir die Wolkenformen nicht einmal naturgetreu ausgefallen zu sein, wenigstens der Cirrus und der Stratus nicht; allenfalls der Cumulus. Die biographischen Skizzen müssen natürlich wegen der Unmasse der zu berücksichtigenden Personen sehr kurz gehalten werden. Eben deswegen ist, wenn die erstrebte und im allgemeinen auch erreichte Objektivität gewahrt werden soll, die äußerste Vorsicht zu beobachten, denn gerade in einer kurzen Skizze kann ein einziges Wort das ganze Bild unwahr machen. Diese Vorsicht scheint nun hier und da außer acht gelassen worden zu sein. Von dem Mainzer Kurfürsten Johann Philipp von Schönborn wird nichts gesagt als: „trieb franzosenfreundliche Politik und zog Leibniz in seinen Dienst“. Nun ist dieser Mann einer der tüchtigsten, wohlmeinendsten und aufgeklärtesten Regenten seiner Zeit gewesen. Darum hätte, wenn das zu bemerken der Raum fehlte, auch die franzosenfreundliche Politik weglassen sollen, die damals gar nichts besonderes war bei deutschen Fürsten, heute aber die Vorstellung eines schlechten Charakters erweckt. Noch dazu war seine Franzosenfreundschaft nicht etwa, wie die anderer deutscher Fürsten, die Wirkung eines französischen Soldes, sondern der Erwägung entsprungen, daß bei dem elenden Zustande des Reiches nur noch Frankreich die Christenheit vor den Türken schützen könne. Dazu kam ein Plan, dessen Förderer der von ihm „entdeckte“ junge Leibniz wurde, der mit den versöhnlichen evangelischen Theologen der Universität Helmstedt verkehrte. Der Gallikanismus erregte die Hoffnung auf eine Einschränkung der päpstlichen Gewalt, die eine Wiedervereinigung der Konfessionen und damit das Ende einer Deutschland zerrüttenden und schwächenden Entzweiung möglich zu machen schien. Leibniz preist (schmeichelnd freilich) den Kurfürsten als den Mann, dem Deutschland vornehmlich den Frieden verdanke (er hatte aus allen Kräften den Abschluß des Westfälischen Friedens betrieben und den Protest des Papstes gegen diesen verächtlich behandelt) und dem allein auch die Kirche den Frieden verdanken werde, wenn der Himmel seine Absichten segne. Als dann Ludwigs des Bierzehnten Eroberungsgelüste klar an den Tag traten, wurde Schönborn sein Gegner. Vielleicht ist es die Wändigung des seinem Landesherrn auffässigen Erfurt gewesen, was den Verfasser des Artikels verdroffen hat. In Aktualität leistet Meyer das Menschenmögliche: er führt die Geschichte der Türkei bis zum 13. Februar 1909, die der Vereinigten Staaten bis zur Wahl Tazis. Aber das läßt sich nun einmal nicht ändern, daß bei dem raschen Wandel und der Fülle der einander drängenden Ereignisse, Entdeckungen und Erfindungen unsrer Zeit die ersten Bände eines Konversationslexikons immer schon in vielem veraltet sind, wenn der letzte erscheint. Diesem hier fügt denn auch Meyer Nachträge und Ergänzungen bei, die unter anderem das neueste über den Handel und die Eisenbahnen der afrikanischen Kolonien, über deutsche Angelegenheiten (Reichsfinanzreform, Reichsversicherungsordnung) enthalten und mitteilen, daß die Allgemeine Zeitung seit dem vorigen Jahre als Wochenschrift erscheint. Einen sehr verständigen Vorschlag hat kürzlich ein Rezensent des großen Meyer in der Frankfurter Zeitung gemacht: die Verleger von Konversationslexikons sollen sich nicht so sehr mit Neuauflagen begeben — wie viel Leute sind denn wohlhabend genug, aller drei Jahre ein neues anschaffen zu können? —, sondern alljährlich einen Ergänzungsband herausgeben; dann reicht das alte auf ein Menschenalter.

C. J.

Eisen und Kohle. Fast zehn Jahre sind es her, daß ich zum erstenmale den Fuß in eine Eisenhütte setzte. Eben war ich aus voller Wutchenherrlichkeit ins Phyllisterium eingezogen und durchstreifte fürs erste Deutschland kreuz und quer, um seine Industrien zu studieren. Damals machte ich auch in Aachen Station und wurde

Gast auf „Rote Erde“. In meinem Reisetagebuch findet sich die Stelle: „... Es ist im Bessmerstahlwerk. Von einer der Galerien blick ich hinunter in den endlosen dunkeln Raum. Unten wimmelt von beruhten, halbbedeckten Gestalten, die sich an weißglühenden viereckigen Stahlblöcken, die auf dem Boden liegen, zu schaffen machen. Andre, glühende Blöcke hängen mit Ketten an gewaltigen Kranen, die sich bald hierhin, bald dorthin drehen, wie sie der Mann auf der Schaltbühne an der Seite gerade lenkt. Dicht vor mir steht helleuchtendes, geschmolzenes Metall aus einem haushohen Zylinder, dem Kupolofen, dem mächtige Flammen entfahren, durch eine Rinne in ein eiförmiges Riefengefäß, die sogenannte Thomasbirne, aus der rote Blut emporbläst. Und dann durchsprüht mit einemmal ein prasselnder Funkenregen das Haus, alles wie ein Blitz erhellend. Eine der mächtigen Birnen bewegt sich; sie dreht sich um ihre Achse, liegt wagerecht, und aus ihrer Öffnung ergießt sich ein helleuchtender, feuriger Bach in einen pfannenartigen Bottich, der darunter gefahren ist. Und dazu ein ohrenzerreißendes Getöse, ein Rasseln von Ketten, das Rollen von Karren, ein Quietschen der Maschinen, das Pusten der Ofen, dazwischen Schreien, Pfeifen- und Glockensignale. Tausende von Eindrücken, die gleichzeitig auf einen einströmen, und die einen benommen machen. Wohin soll man zuerst blicken? Erst nach und nach gewöhnt man sich an das Bild, ganz allmählich findet man den Faden, der alle Vorgänge eint. Man sieht, wie eins immer ins andre greift, und langsam entschleßt man sich, den Prozessen der Reihe nach zu folgen.“ Seit damals hat mich das Bild in seinem Bann. Sobald der Name „Eisenhütte“ an mein Ohr schlägt, wird es wach, ich sehe wieder Stätten, gewaltig, riesengroß, im Zeichen titanenhaften Schaffens. Und das Ganze wirkt so mächtig, allgewaltig, daß man sich als Nichts fühlt, daß das Gefühl der eignen Persönlichkeit total verblaßt. Als ob man hoch oben im Gebirge in einem weiten Kreise steinig fahler Gipfel steht.

Dieser eigenartige, von einer herben Poesie durchtränkte Eindruck ist es, den ich noch in jedem Buch vermisse, das sich mit der Schilderung des Eisenhüttenwerks befaßt. Und das ist nur natürlich. Selbst bei getreuester Fixierung mit Feder und Kamera muß die Fülle der Prozesse eine Zersplitterung in tausend Einzelbilder zur Folge haben. Und leider, leider geht so dem Fernerstehenden das Beste an einem solchen Riesenwerk, die unmittelbare, mächtige Wirkung des Ganzen, verloren, das, was meines Empfindens für den Laien den eigentlichen Reiz ausmachen dürfte, sich der Lektüre seiner Beschreibung zu unterziehen.

Ich fürchte, daß aus demselben Grunde auch die ganz prächtige Monographie Stillsch-Steudels: Eisenhütte (Verlag von R. Voigtländer in Leipzig) das Geschick erleiden wird, einen viel kleinern Leserkreis zu finden, als sie ihrer Abfassung und Ausstattung nach verdient. Hier hat sich der Nationalökonom mit dem Techniker vereint, um — soweit es im Rahmen eines Buches eben möglich ist — etwas vollendetes zu schaffen. Die volkswirtschaftliche Studie Stillschs leitet das Ganze ein. Die sonst bei einer derartigen Einteilung bestehende Gefahr, den Leser durch einen gewöhnlich sehr trocken ausfallenden Bericht schon im Anfang zu ernüchtern, weiß Stillsch mit großem Geschick zu vermeiden. Seine Ausführungen sind bei aller Gründlichkeit von der ersten bis zur letzten Zeile fesselnd. Denn er versteht es, seine Zahlen und Tabellen mit so viel Historischem und Technischem zu umranken, daß man nicht einen Augenblick ermüdet und ihm willig selbst durch alle Winkel seiner finanztechnischen Ausführungen folgt. Und der Techniker tat das Beste, was er tun konnte. Er ließ dem Photographen die Vorhand, der wahre Meisterwerke schuf, zu denen er seine Beschreibung nur als Kommentar lieferte. An der Hand der ganzseitigen, mustergiltig reproduzierten Bilder führt er den Leser Schritt für Schritt durch Hütte und Walzwerk und läßt ihn nicht nur bei der Aufbereitung des Rohmaterials, sondern auch bei Herstellung der Fertigprodukte, wie Schienen, Eisenbahnräder usw., zusehen.

Durch die geschickte Vereinigung der drei, des Volkswirtschaftlers, des Technikers und des Photographen, ist es gelungen, auf beschränktem Felde ein immerhin erschöpfendes und, dabei interessantes Ganze zustande zu bringen, das in ein würdiges Gewand zu kleiden sich der rührige Verlag nach Kräften angelegen sein ließ.

In gleicher Weise, sowohl was Gliederung, Inhalt und Ausstattung betrifft, ist auch das Kohlenbergwerk behandelt worden. Wieder ist es Stillsich, der in buntem, interessantem Plauderton die teilweise höchst eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Kohlenbergbau vor einem aufrollt. Und wieder macht sich auf den wenigen Seiten, die ihm zur Verfügung stehn, ernste Gründlichkeit und erschöpfende Ausführlichkeit angenehm bemerkbar. Selbst mit der sozialen Seite des Gegenstandes, mit der Lage der Bergarbeiter, sucht er den Leser vertraut zu machen. Und an die meisterliche Schilderung Stillsichs schließen sich die prächtigen Bilder Steckels, zu denen diesmal Gerike den Text geliefert hat. Aber auch hier empfinde ich es deutlich, daß selbst in Wort und Bild schlechtweg Vollendetes doch nicht den eigenartigen Reiz, das Beklemmend Fesselnde, das schon die Fahrt nach unten, die stundenlange Wanderung unter Tag in jedem Besucher eines Bergwerks, wenn ihn nicht Gewohnheit abgestumpft hat, wachruft, festzuhalten vermag. Doch schließlich — wie wenigen ist es vergönnt, den besten Anschauungsunterricht unsrer Zeit, das Studium der Industrien an Ort und Stelle zu genießen, und für die vielen, vielen andern sind die Voigtländerschen Bücher sicher ein ausgezeichnetes Ersatz. Wenn sie nur allenthalben die Würdigung und Verbreitung finden möchten, die sie verdienen.

Heinz Bauer

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Steinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten. Verlag von F. v. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Soeben erschien:

DIE POLARWELT UND IHRE NACHBARLÄNDER

Von Dr. Otto Nordenskjöld

Professor der Geographie an der Universität Gothenburg

Mit 77 Abbildungen im Text und 1 farbigem Titelbild
gr. 8. * 1909. * In Leinwand gebunden Mark 8.—

So bedeutungsvoll die wissenschaftliche Erforschung der Polargebiete ist, und so groß hier gerade in der letzten Zeit unsere Fortschritte sind, bis jetzt fehlt es in der Literatur an einem Werke, das diese polare Natur in ihren charakteristischen Zügen schildert und die Ergebnisse der Forschungs Expeditionen von einem geographischen, zusammenfassenden Gesichtspunkte populär darstellt. Diese Lücke wenigstens teilweise auszufüllen, war die Absicht dieser Arbeit, die aus einer Reihe von populärwissenschaftlichen Vorlesungen an der Universität Gothenburg hervorgegangen ist. Da der Verfasser seit 15 Jahren diese Natur durch Reisen in polaren und subpolaren Regionen studiert und die meisten hier geschilderten Gebiete im Norden und Süden selbst besucht hat, werden in erster Linie solche Fragen behandelt, die für ihn selbst oder für Expeditionen, an denen er teilgenommen hat, Hauptgegenstände für Forschungen waren, aber selbstverständlich in direktem Vergleich mit den Ergebnissen anderer wissenschaftlicher Forschungen und Reisen. Unter solchen Fragen sei zu erwähnen die Landschaften der jetzt oder früher vereisten Gebiete, aber auch ihre Entwicklungsgeschichte, Tiere und Pflanzen, die Bewohner und als die äußerste Bedingung zu allem das Klima. Alles dies will die Arbeit populärwissenschaftlich und dabei sowohl das schon Bekannte zusammenfassen als auch neues und wenig bekanntes oder wenigstens schwer zugängliches Material bringen.

Reichillustrierter Prospekt umsonst und postfrei vom Verlag
B. G. TEUBNER in LEIPZIG und BERLIN